

Drama der deutschen Seele

Die Angst der Deutschen vor der AfD gründet in der Angst der Deutschen vor sich selbst. Die Kritik an der unliebsamen Partei schwankt zwischen Wahn und Wirklichkeit.

Philipp Gut

Eigentlich wäre es ein normaler Vorgang in einer Demokratie: Der Kandidat mit den meisten Stimmen gewinnt. Das Volk hat gesprochen. Basta. Doch in diesem Fall ist nichts normal. Weil es sich um die Alternative für Deutschland (AfD) handelt, ist die Nation aus dem Häuschen – und ein thüringischer Landkreis namens Sonneberg und ein Lokalpolitiker namens Sesselmann liefern den Stoff für nationale und internationale Schlagzeilen.

Dass die AfD, wie die ARD schnappatmet, «erstmal ein kommunales Spitzenamt erobert», wird in Deutschland als epochale «Zäsur» und als «Dammbruch» wahrgenommen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk lässt «Experten» und politische Gegner zu Wort kommen, die von einer «Bestätigung für den rechtsextremen Radikalisierungskurs» der Partei und von einem «Alarmsignal für die Demokratie» reden. Illustrativ für die helle Aufregung ist das Statement von Ricarda Lang, der Bundesvorsitzenden der Grünen: «Das Ergebnis der Landratswahl in Sonneberg ist bestürzend», meinte sie. Es sei «eine Warnung an alle demokratischen Kräfte». Sie müssten jetzt zusammenstehen und «die Demokratie verteidigen».

In den sozialen Medien geisterte die Bemerkung herum, auch die Nationalsozialisten hätten 1930 in Thüringen erstmals eine Wahl für sich entschieden. Der Chef des Thüringer Verfassungsschutzes verstieg sich gar zu einer selbst für deutsche Verhältnisse bodenlosen Beleidigung der Wähler: «Wir sind bei ungefähr 20 Prozent braunem Bodensatz in der Bundesrepublik. Wenn man jetzt sieht, dass 53 Prozent die AfD gewählt haben, dann ist dazwischen noch eine Marge, die man erreichen kann.»

Ist die AfD eine Nazipartei?

Was ist von diesen Vorwürfen zu halten? Ist die AfD eine Nazipartei, die eingestampft gehört? Muss man ihre Exponenten einsperren? Muss man ihre Wähler auf den Mond schicken oder in der Psychiatrie entsorgen? Schon die Formulierung dieser Fragen zeigt, dass das Gerede vom drohenden Absturz der deutschen Demokratie blanker Unsinn ist. Doch wir wollen es genau-

er – und auch Skeptiker bei der Hand nehmen. Wofür eine Partei steht, steht in ihrem Parteiprogramm. Wofür die Nationalsozialisten standen, war von Anfang an bekannt, niemand kann sagen, er habe es nicht gewusst. Am 24. Februar 1920 – dreizehn Jahre vor der Machtergreifung – verkündete Adolf Hitler in München das 25-Punkte-Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Punkt eins forderte ein «Gross-Deutschland». Punkt zwei forderte die Aufhebung der Verträge von Versailles und St.

Die AfD will unter anderem «Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild».

Germain. Punkt drei forderte «Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses». Die Punkte vier bis acht forderten die Entrechtung und Vertreibung der deutschen Juden. Auch weitere Punkte zielten in unverhohlener Brutalität auf die jüdischen Staatsbürger, die nicht mehr Staatsbürger sein durften. «Wucherer», heisst es in Punkt 18, seien «mit dem Tode zu bestrafen». Punkt 23 schloss die Juden, die kein arisches Blut hätten und darum keine «Volksgenossen» seien, von jeder journalistischen und verlegerischen Tätigkeit aus.

Die Liste des angekündigten Grauens liesse sich verlängern – ganz zu schweigen von Hitlers Bestseller «Mein Kampf», der ebenfalls bereits Jahre vor 1933 erschien. Darin breitete der Füh-

rer in spe seinen Antisemitismus ebenso öffentlich aus wie seine Weltherrschaftspläne. Kurz: Die Hitlerpartei wollte die Demokratie zerstören, die Grundrechte schleifen, die Welt erobern und die Juden vernichten.

Aktivitäten des Geheimdienstes

Wofür eine Partei steht, steht in ihrem Parteiprogramm. Punkt eins des Grundsatzprogramms der AfD, verabschiedet am Bundesparteitag vom 30. April bis 1. Mai 2016 in Stuttgart, ist ein Bekenntnis zur «Demokratie» und zu den verfassungsmässigen «Grundwerten»: «Als freie Bürger treten wir ein für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, Familienförderung und die gelebten Traditionen deutscher Kultur.» Als historische Bezugspunkte werden ausdrücklich die liberale bürgerliche Revolution von 1848 sowie das Epochenjahr 1989 genannt – nicht 1870/71 oder 1933. Weiter will die AfD «Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild», den Erhalt der europäischen Nationalstaaten in Frieden und guter Nachbarschaft, einen ständigen Sitz für Deutschland im Unosicherheitsrat, sichere Grenzen und in der Asylpolitik die Unterscheidung «zwischen politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen einerseits und irregulären Migranten andererseits». Auch dürfe es «keine direkte Einwanderung in die Sozialsysteme» geben. Das alles ist weder «braun» noch «rechtsextrem» noch «demokratiefeindlich». Es ist das Programm einer modernen liberal-konservativen Partei.

«Das ist schön und recht», hören wir die Kritiker einwenden, «aber das Programm ist nur ein Fetzen Papier. Was eine Partei ausmacht, ist ihr Personal. Und da gibt es bei der AfD ganz schummrige Gestalten.» Zugegeben: In jeder Partei, besonders in neuen, trifft man auf mehr oder weniger zweifelhafte Figuren und Wirtsköpfe. Das mag vereinzelt auch bei der AfD so sein. Aber sind diese Randgestalten repräsentativ? Nein. Das gilt auch für Sonneberg, einen wohlhabenden Landkreis mit «viel mittelständischer Industrie» (*Tages-Anzeiger*). AfD-Kan-





Programm einer modernen liberal-konservativen Partei: Fraktionschefs Alice Weidel (l.) und Tino Chrupalla.

didat Sesselmann warb beispielsweise für «Landschaft statt Windparks» und für den Ausstieg aus der dem Euro. Nazi-Parolen sehen anders aus. Ihn wählten nicht sozial abgehängte Glatzen, sondern eine Mehrheit der Bevölkerung.

Psychotrip ins Ungewisse

Und warum, wenn alles so harmlos ist, hat denn der Verfassungsschutz die AfD ins Visier genommen? Ist das nicht Beweis genug, dass die Mahner und Warner recht haben? Wieder lautet die nüchterne Antwort: nein. Das Motiv für die Überwachung hat jüngst Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang persönlich offengelegt. Im Fernsehen sagte er: «Nicht allein der Verfassungsschutz ist dafür zuständig, die Umfragewerte der AfD zu senken.» Der Inlandgeheimdienst als Vehikel der Parteipolitik und als Verhinderer des demokratischen Ideenwettbewerbs? Du lieber Himmel! Der «Wandel des Verfassungsschutzes hin zu einer Art Haltungsamt» vollziehe sich schon seit einigen Jahren und nicht nur im Umgang mit der AfD, kommentierte die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) trocken. Auch wer die amtlichen Corona-Massnahmen oder die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung kritisiere, könne zum «verfassungsschutzrelevanten Delegitimierer des Staates» erklärt und nachrichtendienstlich beobachtet werden, so die NZZ.

Angesichts dieser Zustände beschleicht einen der Verdacht, dass vielleicht gar nicht die AfD abnormal sein könnte, sondern vielmehr dieses Deutschland mit seinen politischen Höllen-

fahrtsfantasien. Könnte es sein, dass die Partei eine heimliche deutsche Urangst auslöst – die Angst der Deutschen vor sich selbst? Und könnte es sein, dass viele deutsche Politiker, die gegenüber der aufstrebenden AfD um ihre Macht und Pfründe fürchten, diese deutsche Urangst, dieses aus zwei Weltkriegen resultierende, durchaus noble Selbstmisstrauen vieler

Vom Hochsitz ihrer gedrechselten Moral zielen die Sittenwächter auf alles, was nach rechts ausschert.

Deutscher («Nie wieder!») zum schnöden Zweck des Machterhalts ausbeuten, missbrauchen? Wenn ein Sesselmann in Sonneberg – dem bevölkerungsmässig zweitkleinsten Landkreis der Republik – eine Wahl gewinnt, öffnet sich für sie die Büchse der Pandora, und sie riechen Pech und Schwefel und Völkermord.

Mit der realexistierenden AfD hätte das dann weniger zu tun als mit den Mühen der Deutschen mit ihrer Vergangenheit. Es scheint, dass die Partei bei ihren Landsleuten einen historischen Stress auslöst und sie auf einen Psychotrip ins Ungewisse treibt. So wäre es zu erklären, dass Dinge, die anderswo Alltag sind und sogar als Garantie einer demokratischen Staatsform gelten – der Nationalstaat, die ausgebauten Volksrechte, die Kritik an der Brüsseler EU-Bürokratie –, in der Bundesrepublik als Fanal des Untergangs gedeutet werden. Die Angst der Deutschen vor der

AfD gründet in der Angst der Deutschen vor sich selbst, in einem deutschen Urmisstrauen in die eigene politische Urteilskraft. Diese Angst und dieses Misstrauen sind so etwas wie der rationale Kern der AfD-Verteufelung, so realitätsfremd und überzogen diese auch sein mag. Sie sind der Grund dafür, dass sich die Deutschen eigenhändig Fesseln anlegen und sich im Gefängnis des bundesrepublikanischen Nachkriegskonsenses einkerkern. Wer nur einen Millimeter davon abweicht, muss niedergemäht werden.

Vom Hochsitz ihrer aus historischer Schuld gedrechselten Moral zielen die Sittenwächter des Sagbaren auf alles, was nach rechts ausschert – auch wenn «rechts» mehr Demokratie, mehr Bürgernähe, mehr Rechtsstaatlichkeit heisst.

Normalität der erwachsenen Demokratie

Das ist die Ironie dieses Dramas der deutschen Seele: Die Urangst der Deutschen vor sich selbst, die sich in der Ausgrenzung der AfD Luft verschafft, verhindert, was sie zu schützen vorgibt – die Normalität einer gewissermassen erwachsenen Demokratie mit einer nach allen Seiten offenen und sportlichen Debattenkultur. Friedrich Merz versagt, Christian Lindner versagt, Robert Habeck versagt, Annalena Baerbock versagt, Olaf Scholz versagt – und trotzdem vertrauen viele Wähler (noch) nicht der AfD. Vor diesem Hintergrund könnte «Sonneberg» den Deutschen helfen, ihre historisch begründete Selbstangst zu nehmen – und endlich zu einem normalen Staat zu werden wie andere auch.